
AKKUMULATION

INFORMATIONEN DES ARBEITSKREISES FÜR KRITISCHE UNTERNEHMENS- UND
INDUSTRIEGESCHICHTE

Nr. 16/2002

Das Forschungsprojekt „Die ‚Arisierung‘ jüdischer Unternehmen im Deutschen Reich und dem „Reichsgau Sudetenland‘ 1933-1945“

Einleitung

von Dieter Ziegler (Bochum/ Bielefeld)

Die Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft in den Jahren 1933 bis 1939 sowie die „Arisierung“ und spätere Konfiskation des gewerblichen und des privaten Vermögens der deutschen Juden und der Juden in den von Deutschland von 1938 bis 1945 besetzten Gebieten fanden lange Zeit wenig Interesse in der historischen Forschung. Das mag zum einen damit zusammenhängen, daß dieses Verbrechen angesichts des Menschheitsverbrechens der physischen Vernichtung der europäischen Juden geradezu als „marginal“ erscheint. Andererseits spielten sich „Entjudung“ und Vermögensentzug im Gegensatz zum industriellen Massenmord in den Vernichtungslagern in aller Öffentlichkeit ab, und kein „Volksgenosse“ konnte nach dem Krieg von sich behaupten, davon nichts gewußt zu haben. Wenn aber die Bereitschaft, sich dieser Mitwisserschaft zu stellen, während der ersten Jahrzehnte nach Kriegsende nur sehr gering ausgeprägt war, galt das in besonderer Weise für die Mittäterschaft. Schließlich wurden die Ergebnisse der „Arisierung“ nach dem Krieg nicht wieder rückgängig gemacht. Denn die „Arisierer“ bzw. deren Erben blieben auch nach dem Krieg in der Regel im Besitz des „arisierten“ Eigentums. In sehr vielen Fällen kam es zwar zu Rückerstattungsverfahren, aber erstens lebten die Vorbesitzer zu diesem Zeitpunkt meistens nicht mehr und zweitens wollten die „Arisierer“, selbst wenn sie sich mit den Vorbesitzern bzw. deren Erben auf eine Entschädigungszahlung im Vergleichswege geeinigt hatten, nicht mehr mit der Frühgeschichte des Unternehmens konfrontiert werden, ja manche stilisierten sich sogar als „Rückerstattungsoffer“. Akten und Dokumente aus den dreißiger und vierziger Jahren von solchen Firmen oder Familien, die an „Arisierungen“ beteiligt waren, waren deshalb für die historische Forschung weitgehend nicht zugänglich, und Unternehmensarchive wurden entweder nicht aufgebaut oder deren Existenz gegenüber der Öffentlichkeit verschwiegen.

So ist es nicht verwunderlich, daß bis zum Ende der achtziger Jahren Helmut Genschels Studie über „Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft des Dritten Reichs“ aus dem Jahr 1966 die einzige wissenschaftliche Monographie zu diesem Themenkomplex darstellte.¹ Angesichts der Quellenlage

¹ Helmut Genschel, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

ist es kaum anders zu erwarten, daß Genschel sich im wesentlichen auf die Aktivitäten der Regierungs- und Zentralbehörden konzentrierte und dadurch zu einigen Fehleinschätzungen gelangte, die, wie die Behauptung einer Periode „relativer Schonzeit“ für jüdische Gewerbetreibende zwischen 1934 und Mitte 1937, erst durch Avraham Barkai in den achtziger Jahren widerlegt werden konnten. Aber auch Barkais zentrales Werk „Vom Boykott zur ‚Entjudung‘“, das Ende der achtziger Jahren als Fischer Taschenbuch einen für wissenschaftliche Arbeiten beachtlichen Verkaufserfolg erzielte und bis heute als Standardwerk gilt, mußte zwangsläufig noch ohne Quellen aus Unternehmensarchiven auskommen.² Der methodische Fortschritt der Barkai-Arbeiten im Vergleich zu Genschel bestand im wesentlichen in der Einbeziehung der Betroffenenperspektive. Erst dadurch war es möglich geworden, den alltäglichen, von den gesetzlichen Vorgaben weitgehend unabhängigen Verdrängungsprozeß zu erfassen. Die antijüdischen Gesetze und Verordnungen erwiesen sich vom „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933 bis zur „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom November 1938 oftmals nur als die Legalisierung einer bereits seit längerem durch örtliche oder regionale Parteistellen verfolgten politischen Praxis.

Wenn aber die Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft nicht ein zentral gesteuerter Prozeß gewesen ist, ist zu erwarten, daß dabei erhebliche regionale und sektorale Unterschiede auftraten. Diese Erkenntnis führte dann in den neunziger Jahren zur Veröffentlichung zahlreicher lokalhistorischer Studien über die Judenverfolgung vor Ort, wobei den wirtschaftlichen Verfolgungsmaßnahmen endlich die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zuteil wurde. Das herausragende Werk dieser Zeit ist zweifellos Frank Bajohrs 1997 erschienene Studie über Hamburg, die bereits versucht, die Entwicklung in Hamburg im Vergleich zur Entwicklung in anderen Teilen des Reiches zu sehen.³

Gleichzeitig begannen zahlreiche Unternehmen, Unternehmensarchive aufzubauen oder bestehende Archive für die wissenschaftliche Forschung zugänglich zu machen. Als ein besonderer Glücksfall erwies es sich auch, daß seit den neunziger Jahren zahlreiche staatliche Archive der ehemaligen Ostblockstaaten wie das für die Wirtschaftspolitik im „Dritten Reich“ sehr ergiebige sog. „Sonderarchiv“ in Moskau für die Forschung zugänglich gemacht wurden. Diese Entwicklung führte parallel zur öffentlichen Debatte um die Mitverantwortung deutscher Unternehmen für die Verbrechen des NS-Regimes dazu, daß Forschungen zur „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft neben den Forschungen zur Zwangsarbeit während des Krieges zu den aktuellen Schwerpunkten nicht nur der unternehmenshistorischen, sondern ganz allgemein auch der wirtschafts- und sozialhistorischen Forschung gehören .

Eine der laufenden unternehmenshistorischen Forschungsarbeiten ist das Forschungsprojekt über die Geschichte der Dresdner Bank von 1931 bis 1957. Auch dort stellt die Beteiligung der Bank an den wirtschaftlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden einen Themenschwerpunkt dar. Aus diesem Forschungszusammenhang heraus entwickelte sich ein eigenständiges, aus drei Teilprojekten bestehendes und von der VW-Stiftung seit dem Frühjahr 2000 finanziertes Forschungsprojekt,

² Avraham Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich, Frankfurt/Main 1988.

³ Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg 1997.

das den Verdrängungsprozeß erstmals regional vergleichend in den Blick nimmt. Ein Teilprojekt untersucht reichsweit eine Branche, die Bankengruppe der Privatbanken. Ein zweites Teilprojekt ist sektoral breiter, aber regional enger angelegt und untersucht die „Arisierung“ mittelständischer jüdischer Unternehmen in verschiedenen Gauen des Landes Bayern. Das dritte Teilprojekt wendet sich schließlich mit den 1938 von der Tschechoslowakei abgetrennten und dem Reich „angeschlossenen“ Grenzgebieten, dem sog. „Sudetenland“, einer Region zu, über deren Judenverfolgung bislang so gut wie nichts bekannt ist. Denn während des „Kalten Krieges“ waren die örtlichen Archive für westliche Forscher nicht zugänglich gewesen, und in der Tschechoslowakei waren zu dieser Zeit Forschungen über das „Sudetenland“ während der Besatzungszeit allgemein und über die Lage der Juden im besonderen politisch nicht opportun.

Die ‚Arisierung‘ mittelständischer jüdischer Unternehmen in Bayern 1933-1939 – ein interregionaler Vergleich“

von Maren Janetzko

Die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen ist ein Thema von hoher regionalgeschichtlicher Relevanz. So gingen gerade in der Anfangszeit des Nationalsozialismus viele Impulse zur Verdrängung jüdischer Unternehmer aus der Wirtschaft von lokalen und regionalen Parteigruppierungen oder Verwaltungsinstanzen aus. Demgegenüber scheute die Reichsregierung zunächst vor antisemitisch motivierten Eingriffen in die freie Wirtschaft zurück, um nicht den angestrebten Wirtschaftsaufschwung zu gefährden. Daher intervenierte sie oft gegen Boykottmaßnahmen und andere Übergriffe lokaler Parteiorganisationen. Dennoch blieben diesen genügend Handlungsspielräume, so daß sich in den Jahren 1933 bis 1937 große regionale Unterschiede im Umgang mit jüdischen Unternehmern herausbildeten. Häufig blieben diese Unterschiede sogar nach dem Erlaß der „Arisierungsgesetzgebung“ des Jahres 1938 bestehen, obwohl deren Zweck gerade darin bestand, eine Vereinheitlichung der „Arisierungspraxis“ im gesamten Reichsgebiet herbeizuführen. Zahlreiche Lokalstudien zur „Arisierung“⁴ haben zwar bereits auf solche Unterschiede hingewiesen, aber es fehlte bislang ein systematischer Regionenvergleich auf einer breiten empirischen Grundlage, wie er im Rahmen der geplanten Studie durchgeführt wird.

Zu diesem Zweck wird die Verdrängung der jüdischen Unternehmer in verschiedenen Orten Bayerns eingehend untersucht, um die „Arisierung“ vor dem Hintergrund der jeweiligen örtlichen Konstellation kommunaler, parteiamtlicher und wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger des „A-

⁴ Die wichtigsten Regionalstudien sind bislang: Gerhard Kratzsch, Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung – „Arisierung“ – Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd, Münster 1989; Barbara Händler-Lachmann/Thomas Werther, „Vergessene Geschäfte – verlorene Geschichte“. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus, Marburg 1992; Alex Bruns-Wüstefeld, Lohnende Geschäfte. Die „Entjudung“ der Wirtschaft am Beispiel Göttingens, Hannover 1997; Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg; Franz Fichtl u.a., „Bambergers Wirtschaft judenfrei“. Die Verdrängung der jüdischen Geschäftsleute in den Jahren 1933 bis 1939, Bamberg 1998; Marian Rappl, „Arisierungen“ in München. Die Verdrängung der jüdischen Gewerbetreibenden aus dem Wirtschaftsleben der Stadt 1933-1939, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 63 (2000), S. 123-184